



# **Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Ortsbeirates Mainz-Gonsenheim**

**am 29.03.2022**

## **Anwesend**

### **- Vorsitz**

Flegel, Sabine

### **- Ortsbeiratsmitglieder**

Alvarez Gonzalez, Markus  
Cremille, Diane  
Huber, Mathias  
Müller-Horn, Manuela  
Mussa, Nawal  
Oepen, Wolfgang  
Reinartz, Marieluise  
Schenk, Rainer (Urkundsperson)  
Dr. Schinke, Holger (Urkundsperson)  
Schneider-Bauerfeind, Gudrun  
Steinbronn, Martin  
Wabra, Marcel  
Zerban, Bernd

### **- Stadtratsmitglieder mit beratender Stimme**

Bub, Kerstin  
Dr. Conrad, Franziska

### **- Schriftführung**

Weimar, Martina

## **Entschuldigt fehlen**

### **- Stadtratsmitglieder mit beratender Stimme**

Conrad, Maurice  
Heinisch, Gunther  
Kinzelbach, Martin  
Köbler-Gross, Sylvia  
Stritter, Stephan  
Zimmer, Christine

## Tagessordnung

### **a) öffentlich**

1. Berichterstattungen
  - 1.1. Spielplatz Marseillestraße
  - 1.2. Baumfällungen und Ersatzpflanzungen in Gonsenheim

### **Anträge**

2. Beginn der Arbeiten zur Umgestaltung der Kirchstraße (CDU)

### **Anfragen**

3. Baumbestand/Bäume in Mainz-Gonsenheim (CDU)
4. Zuständigkeitsregelung Reinigung Koblenzer Straße (CDU)
5. Anfragen aus vorherigen Sitzungen
  - 5.1. Geschwindigkeitsmessungen Lennebergstraße (CDU)
6. Sachstandsberichte
  - 6.1. Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0150/2020 CDU, FDP, GRÜNE, SPD-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Gonsenheim;
  - 6.2. Sachstandsbericht zu Antrag 1587/2021 der SPD Ortsbeiratsfraktion Mainz Gonsenheim
7. Mitteilungen und Verschiedenes
8. Stadtteilmittel

### **b) nicht öffentlich**

9. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
10. Mitteilungen und Verschiedenes

Die Vorsitzende eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Sie stellt darüber hinaus fest, dass die Durchführung der heutigen Sitzung als Videokonferenz mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen wurde.  
Sie wird live auf [www.mainz.de/ortsbeiraete-live](http://www.mainz.de/ortsbeiraete-live) übertragen.

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern können jederzeit schriftlich an die Ortsvorsteherin gerichtet werden, da die Einwohnerfragestunde nicht in die digitale Sitzung eingebunden werden kann.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## **öffentlich**

### **Punkt 1**      **Berichterstattungen**

#### **Punkt 1.1**      **Spielplatz Marseillestraße**

Zur Berichterstattung nehmen Frau Dezernentin Steinkrüger und aus dem Fachbereich die Mitarbeiter:innen Frau Messerschmidt, Herr Groh, Herr Gerber und Herr Reinhard an der digitalen Sitzung teil.

Frau Steinkrüger informiert zunächst über die Ausgangssituation, wonach im Zuge des Bebauungsplanes dort Bodenproben entnommen wurden, die auf Altlasten hindeuteten. Dies sei darauf zurückzuführen, dass hier ehemals eine Sandgrube war, die nach Kriegsende mit verunreinigtem Bau- bzw. Kriegsschutt zugeschüttet worden sei. In Zusammenarbeit mit der hier zuständigen Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD Süd) habe man zunächst entschieden, zur Sicherung des öffentlichen Raums den Spielplatz abzusperren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine Belastung insbesondere für die dort spielenden Kinder auszuschließen. Dies sei zwischenzeitlich durch den gezielten Austausch von Bodenmassen, Aufschüttungen und den Einbau von Grabschuttmatten auch erfolgt, so dass der Spielplatz seit 11.01.2022 wieder freigegeben werden konnte.

Im weiteren Verlauf fordere nun die SGD Süd auch die Entnahme von Bodenproben im unmittelbaren Umfeld des Spielplatzes, die sich in privatem Eigentum (Privatgrundstücke) befänden. Zur Aufklärung von Unsicherheiten sei eine Info-Veranstaltung für den 04.04.2022 in Vorbereitung.

Frau Messerschmidt und Herr Groh stellen im Folgenden anhand einer Präsentation die Auswirkungen vor, die nun auf die Anwohner:innen zukämen. Aktuell befände man sich im Anhörverfahren. Aus Luftbildern von 1941 sei die einstige Grube der Verwaltung seit dem Jahr 2015 bekannt. Der Grenzverlauf der Grube stimme mit der heutigen Spielplatzgrenze überein, so dass nicht zu vermuten sei, dass die ehemalige Grube bis auf die angrenzenden Privatgrundstücke reichte.

Um nun die horizontale Abgrenzung der Altablagerungen zu erfassen seien weitere Untersuchungen im Frühjahr 2022 geplant, worüber alle Anwohner:innen bereits schriftlich informiert wurden.

Vor der anschließenden Frage-/Antwortrunde informiert die Vorsitzende über die derzeitige Gemengelage und die unter der Anwohnerschaft bestehende Sorge. Deshalb sei es erfreulich, dass die Verwaltung hier eine Informations-Veranstaltung für die betroffenen Anlieger zur weiteren Aufklärung plane.

Die Verwaltung nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

- Erkenntnisse zu der Grube wurden erst nach Einrichtung des Spielplatzes bekannt.
- Die Abgrenzung des verunreinigten Gebietes sei im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erforderlich und hindere den weiteren Verlauf des Verfahrens bzw. würde eine Verlängerung der Veränderungssperre erforderlich machen. Daher erhoffe man sich mit der Info-Veranstaltung, die verunsicherte Anwohnerschaft für die Genehmigung von Bohrungen zu gewinnen, um dies lückenlos durchführen zu können. Hierbei sei der Verwaltung bewusst, dass in Teilen der Anwohnerschaft große Bedenken bestünden, was auf sie zukäme. Deshalb biete man jedem Einzelnen das Gespräch an, um diese Angst zu nehmen.
- Die SGD Süd könne allerdings erst nach Entnahme aller Bodenproben festlegen, welche Maßnahmen (gezielt für jedes einzelne Grundstück) ergriffen werden müssten.
- Die Kosten für die Verfüllung des Spielplatzes wurden aus Mitteln der Verwaltung gedeckt. Die Kosten für die Bohrungen werden ebenfalls von der Verwaltung übernommen. Wer für erforderliche Maßnahmen auf den Privatgrundstücken aufkomme, könne aktuell nur schwer beantwortet werden. Dies sei auch abhängig davon, ob nach Abschluss aller Probenentnahmen und Untersuchung ein Verursacher ausgemacht werden könne.

Frau Müller-Horn weist in ihrer Funktion als stellv. Vorsitzende des Heimats- und Geschichtsvereins darauf hin, dass die dortige Finnsiedlung ein Tauschgeschäft zwischen Finnland und Deutschland für Waffenlieferungen gewesen sei und an dieser Stelle seinerzeit U-Boot-Bau und auch die Herstellung einer Art Molotowcocktail betrieben wurden. Evtl. könnten auch daher die Altlasten stammen. Und weil man eben wusste, dass dort etwas in dieser Richtung gebaut/hergestellt wird, könnte man seinerzeit versucht haben, dies zu zerbomben, womit sich auch der Bombentrichter begründen ließe.

Frau Steinkrüger bittet alle betroffenen Anwohner:innen, die Info-Veranstaltung am 04.04.2022 zu besuchen. Auch die Vorsitzende empfiehlt dies, um an einem Strang zu ziehen und in der Sache weiterzukommen.

Abschließend bedankt sich die Vorsitzende bei der Verwaltung für die umfangreiche und informative Berichterstattung.

## **Punkt 1.2      Baumfällungen und Ersatzpflanzungen in Gonsenheim**

Frau Steinkrüger nimmt auch zu diesem TOP die Berichterstattung wahr.

Die Vorsitzende informiert zunächst über die Situation in Gonsenheim mit seinen Villenvierteln und einem großen Baumbestand, der sich bei Neubauten auf alten Grundstücken permanent reduziere. Gleichzeitig vermisst man die erforderlichen Ersatzpflanzungen.

Zunächst teilt Frau Steinkrüger mit, dass bei einer gültigen Baugenehmigung im privaten Bereich grundsätzlich "Baurecht vor Baumrecht" gehe. Rein rechtlich stünden hier die Regelungen der rheinland-pfälzischen Bauordnung über der für die Stadt Mainz geltende Baumschutzsatzung. Dies könne man am Ende nur durch Ersatzpflanzungen auf dem gleichen Grundstück ausgleichen, was leider nicht immer möglich sei. In solchen Fällen käme es dann zu einer Ausgleichszahlung für eine Baumpflanzung an geeigneter Stelle im Stadtgebiet. Zusätzlich gäbe es die Situation, dass während des Bauvorhabens durch Ausgrabung Schäden an Bäumen entstünden, deren Standsicherheit dann nicht mehr gewährleistet sei und diese deshalb ebenfalls gefällt werden müssten.

Die Vorsitzende informiert zusätzlich über das verstärkte Versiegeln von Vorgärten, um aus Gründen der Parknot Parkplätze vor dem Haus zu generieren und fragt, ob man in der Verwaltung auch darauf ein Auge habe. Eine Beantwortung hierzu steht noch aus.

Herr Oepen bittet die Verwaltung zu prüfen, ob man nicht von der Vorgabe, dass der Stamm eines Baumes im Zuge der Ersatzpflanzung 18 cm Umfang haben müsse, abweichen könne. Ein solcher Baum habe in der freien Natur bereits ein sehr tiefreichendes Wurzelwerk ausgebildet. Zum Transport für die Nachpflanzung müsse dieses aber gekappt werden. Dies führe regelmäßig dazu, dass solche Bäume nach relativ kurzer Zeit wieder absterben würden, weil sie gar nicht ausreichend bewässert werden könnten. Aus seiner Sicht sei es sinnvoll, hier wieder auf kleinere Bäume mit geringerem Stammumfang umzusteigen, weil sie besser anwachsen würden und die tiefgreifenden Wurzeln von alleine ausbilden könnten. Zudem benötigten sie deutlich weniger Wasser.

Herr Steinbronn bittet die Verwaltung darzulegen, ob der Verwaltung kein Ermessensspielraum bei der Entscheidung zu Baumfällungen zustünde, wenn es beispielsweise nur darum ginge, einen Kran für ein Bauvorhaben an einer bestimmten Stelle zu positionieren. Zudem sei doch vorgegeben, dass sich ein Neubauprojekt in die Umgebung einpassen müsse. Auch diesen Aspekt vermisst er augenscheinlich bei erteilten Genehmigungen sehr häufig.

Auch die Vorsitzende richtet ihren Appell an die Verwaltung, sich vielleicht zwischen Bauverwaltung und Grünverwaltung zu vernetzen, um baumerhaltende Entscheidungen besser einbeziehen zu können. In der Vergangenheit habe sich in Gonsenheim vermehrt gezeigt, dass, gerade in Bezug auf das Stellen von Kränen und Baggern, der ein oder andere Baum hätte erhalten werden können, wenn dies im Vorfeld mehr mit in den Blick genommen worden wäre.

Zu Fragen und Anregungen nimmt Frau Steinkrüger wie folgt Stellung:

- Da die Bäume im Stadtgebiet kontinuierlich aus den unterschiedlichsten Gründen wegen der Verkehrssicherheit gefällt werden müssten, Nachpflanzungen aber nur im Zeitraum von Oktober bis März vorgenommen werden könnten, entstehe hier eine erkennbare Diskrepanz. Zudem könne man am alten Baumstandort in den seltensten Fällen nachpflanzen, weil dort vorhandenes Wurzelwerk bzw. Leitungen dies verhinderten. Aktuell bereite man die Ausschreibung für Nachpflanzungen im nächsten Herbst vor.
- Primärer Ansatz in Mainz sei es, die Bäume aus Ausgleichszahlungen in dem Stadtteil zu pflanzen, in dem sie auch gefällt wurden.
- Eine Auflistung der Fällungen für den Ortsteil Gonsenheim wird über die Ortsverwaltung zugesagt.
- Wenn Bäume erkennbar nicht wachsen, könne dies entweder an schwierigen Standort-Bedingungen bzw. daran liegen, dass sie in Bezug auf ihr Wurzelwerk nach Herstellung des Straßenraums nicht genügend Platz hätten. Zudem könnte es sein, dass man damals Baumarten gepflanzt habe, die man nach heutigen Erkenntnissen dort gar nicht mehr pflanzen würde, weil man weiß, dass sie dort nicht richtig gedeihen würden.

Zuletzt stellt die Vorsitzende die Situation der Nadelbäume in Gonsenheim vor, die je nach Quartier zwischenzeitlich 60-70 Jahre alt seien und teilweise bei Sturm bedenklich ins Schwanken geraten. Häufig fehle einem solchen Baum auch oft der ehemalige Baumnachbar wegen durchgeführter Baumaßnahmen auf dem Nachbargrundstück. Sie schlägt vor, den betroffenen Anwohner:innen die Möglichkeit zu eröffnen, für einen solchen Nadelbaum, sofern der/die Anwohner:in ihn fällen möchte, zwei Laubbäume nachpflanzen zu müssen. Laut Frau Steinkrüger könne dies nur über einen Baumgutachter festgestellt werden. Sie nehme es aber gerne nochmal mit in die Verwaltung.

Abschließend bedankt sich die Vorsitzende bei Frau Steinkrüger.

## **Anträge**

### **Punkt 2**      **Beginn der Arbeiten zur Umgestaltung der Kirchstraße (CDU)** **Vorlage: 0399/2022**

Der von Frau Müller-Horn begründete Antrag wird zurückgezogen, weil nach Auskunft von Frau Steinkrüger die Maßnahme für dieses Jahr im Baustellenplan vorgesehen sei und die Mittel im Vergabeausschuss auch bereitgestellt wurden.

Frau Dr. Conrad verlässt die Sitzung während dieses TOP.

## Anfragen

### Punkt 3            Baumbestand/Bäume in Mainz-Gonsenheim (CDU) Vorlage: 0395/2022

Kenntnisnahme der Antwort des Dezernates V vom 25.03.2022.

### Punkt 4            Zuständigkeitsregelung Reinigung Koblenzer Straße (CDU) Vorlage: 0396/2022

Kenntnisnahme der Antwort des Dezernates V vom 29.03.2022.

Die CDU zeigt sich ob dieser Antwort überrascht. Die Koblenzer Straße sei eine Hauptverkehrsstraße vergleichbar der Rheinallee. Dort wären die Anlieger:innen auch nicht verpflichtet, die Verkehrsinseln zu reinigen und daher bittet man die Verwaltung, die Unregelmäßigkeit innerhalb dieses Straßenzuges aufzulösen. Die Höhe des Bewuchses auf Verkehrsinseln nehme gerade kleinen Verkehrsteilnehmer:innen die Sicht und gefährde sie erheblich.

### Punkt 5            Anfragen aus vorherigen Sitzungen

#### Punkt 5.1            Geschwindigkeitsmessungen Lennebergstraße (CDU) Vorlage: 0120/2022

Kenntnisnahme der Antwort des Dezernates V vom 17.03.2022.

### Punkt 6            Sachstandsberichte

#### Punkt 6.1            Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0150/2020 CDU, FDP, GRÜNE, SPD-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Gonsenheim; hier: Durchfahrtsverbot für LKWs Vorlage: 0162/2022

Kenntnisnahme des Sachstandsberichts des Dezernates V vom 07.02.2022.

Die CDU bedankt sich bei der Verwaltung für die nun eingegangene Antwort auf einen Antrag aus dem Jahr 2020.



**Punkt 6.2**      **Sachstandsbericht zu Antrag 1587/2021 der SPD Ortsbeiratsfraktion Mainz Gonsenheim**  
**hier: Entsiegelung einer Freifläche auf dem Juxplatz zur bürgerschaftlichen Begrünung.**  
**Vorlage: 0166/2022**

Kenntnisnahme des Sachstandsberichts des Dezernates V vom 15.02.2022.

**Punkt 7**      **Mitteilungen und Verschiedenes**

Herr Steinbronn fragt die Verwaltung, weshalb sämtliche Begrünung an der Lärmschutzwand entlang der Weserstraße entfernt wurde. Des Weiteren bittet er die Verwaltung dringend um Mitteilung des Sachstandes betreffend des Zusatzes im Antrag 0582/2020 "Verlängerung der Bordsteinabsenkung am Übergang Grabenstraße!!! Im Sachstandsbericht 1499/2021 sei auf diesen Teil des Antrages nicht eingegangen worden.

Herr Alvarez informiert über die ab 1. April gültige Umbenennung der Haltestelle Wilhelm-Raabe-Straße in Josef-Ludwig-Platz und die neue Linie 79, welche die Taktung in der Lennebergstraße verbessere und mit der nun eine weitere Verbindung nach Ingelheim und die Mainzer Innenstadt gewährleistet sei.

Herr Huber moniert ein weiteres Mal die ausstehende Installation des bereits vor einem Jahr zugesagten Zusatzschildes im Bereich "An der Feilkirsch". Ebenfalls erinnert er wiederholt an einen Antrag von vor vier Jahren über die Einzeichnung einer Trennung zwischen Radweg und Fußgängerbereich parallel zur Haltestelle Gemarkungsgrenze, welcher von der Verwaltung ebenfalls zugesagt, aber bis heute nicht umgesetzt wurde. Er bittet die Verwaltung, hierzu Stellung zu nehmen und kündigt diesbezüglich weitere Anträge an, wenn sich die Verwaltung dazu weiterhin nicht äußere bzw. hier erkennbar nichts passiere.

Die Vorsitzende gibt die Beschwerde eines Einwohners bzgl. zunehmend wild abgestellter Elektroroller weiter. Häufig stünden diese mitten auf Gehwegen oder lägen irgendwo herum. Daher bittet man die Verwaltung um Mitteilung, ob sie eine Möglichkeit sehe, beispielsweise über eine Halterermittlung, die/den letzten Fahrer:in zu bestimmen. Dieser Zustand enttäusche und verärgere zunehmend.

**Punkt 8**      **Stadtteilmittel**

Kenntnisnahme der Mitteilung über die Stadtteilmittel für 2022.

Die Vorsitzende bittet die Ortsbeiratsmitglieder, sich über die Verteilung der Stadtteilmittel, die Ende des Jahres beschlossen werden sollen, Gedanken zu machen.

**Ende der Sitzung: 20:20 Uhr**

gez. Sabine Flegel

.....

**Vorsitz**

gez. Martina Weimar

.....

**Schriftführung**

gez. Dr. Holger Schinke

.....

**Urkundsperson**

gez. Rainer Schenk

.....

**Urkundsperson**